

Scirocco - Kurzinfo aus Italien

26.03.2026: Zwischen Grenzpolitik und Geheimhaltung: Die Finanzierung von Gewalt in Libyen

Im März veröffentlichten die NGO [SOS MEDITERRANEE](#) und das journalistische Netzwerk [IRPI Media](#) den Bericht „[Finanzare la violenza](#)“ (Finanzierung der Gewalt). Untersucht wird darin, wie europäische und italienische Steuergelder im Rahmen der “Migrationszusammenarbeit” nach Libyen fließen. Im Zentrum steht das Programm [SIBMMIL](#) (Support to Integrated Border and Migration Management in Libya), das seit 2017 als größtes Projekt zur Migrationskontrolle zwischen Italien und Libyen gilt.

Der Bericht zeigt vor allem ein massives Transparenzproblem auf. Von den insgesamt 61,2 Millionen Euro, die für SIBMMIL bereitgestellt wurden, sind [27,1 Millionen Euro \(rund 44 %\) öffentlich nicht nachvollziehbar](#). Obwohl IRPI Media zahlreiche Vergabeportale, Ministeriumsseiten und EU-Datenbanken ausgewertet hat, konnte nur ein Teil der Ausgaben rekonstruiert werden. Für den Rest bleibt unklar, wie die Mittel konkret verwendet wurden. Hinzu kommt, dass mehrere Anfragen auf Akteneinsicht an italienische Behörden laut Bericht vollständig abgelehnt wurden, auch nach Widersprüchen. Zur Begründung verwiesen die Behörden auf die öffentliche Sicherheit, die Ordnung und die internationalen Beziehungen Italiens zu Libyen. Der Report sieht darin eine deutliche Verschärfung, weil ähnliche Anfragen einige Jahre zuvor noch erfolgreicher gewesen seien.

Zugleich legt der Bericht nahe, dass italienisch und europäisch finanzierte Unterstützung im Rahmen von SIBMMIL nicht nur die sogenannte libysche Küstenwache ausstattete, sondern auch Strukturen stärkte, die später dokumentierte Gewalt gegen zivile Rettungsschiffe ausübten. Ein zentrales Beispiel ist die [Motovedette Horn 664](#), die Italien 2023 im Rahmen des EU-finanzierten Programms übergab und die im August 2025 die Ocean Viking angriff. Der Bericht dokumentiert darüber hinaus mindestens [24 Vorfälle](#) zwischen 2021 und Ende September 2025, an denen libysche Akteure, darunter die sogenannte libysche Küstenwache, und humanitäre Schiffe beteiligt waren. Parallel dazu stieg die Zahl der von libyschen Behörden auf See abgefangenen und nach Libyen zurückgebrachten Personen von rund 9.200 im Jahr 2019 auf über 27.000 im Jahr 2025.

Der Bericht macht jedoch nicht nur die konkrete Verwendung der Gelder sichtbar, sondern wirft auch die Frage nach den Profiteuren dieser Politik auf. Zu den Empfängern von Aufträgen und Finanzierungen gehörte unter anderem die Werft Cantiere Navale Vittoria, gegen die bereits wegen des Verdachts auf internationalen Waffenhandels und Korruption ermittelt wurde. Das Unternehmen erhielt fünf Aufträge im Wert von mehr als 7,7 Millionen Euro, davon über 6 Millionen Euro für drei Boote für die libysche Küstenwache. Die Werft mit Sitz in Adria (Rovigo) ist auf militärisch, paramilitärisch und kommerziell nutzbare Schiffe spezialisiert und unterhielt Geschäftsbeziehungen mit Libyen bereits lange vor SIBMMIL.

SOS MEDITERRANEE beschreibt die Finanzierung als eine bewusste politische Entscheidung, Gewalt und Menschenrechtsverletzungen in Kauf zu nehmen, um Migrant*innen von Europa fernzuhalten. Es wird insbesondere — und zurecht — kritisiert, dass Europa libysche Akteure unterstützt, obwohl seit Jahren bekannt ist, dass die bereitgestellte Ausrüstung für rechtswidrige und gewaltsame Praktiken genutzt wird.



Am 16. März wurde der Bericht in der [italienischen Abgeordnetenkammer](#) in Rom vorgestellt. Dabei formulierten SOS MEDITERRANEE und die beteiligten Akteur*innen mehrere [politische Forderungen](#):

- Sie verlangen erstens eine unabhängige, transparente Untersuchung des Angriffs auf die *Ocean Viking* vom 24. August 2025. Dabei soll nicht nur der Vorfall selbst aufgeklärt, sondern auch die Verantwortung der direkten Täter sowie der dahinterstehenden Befehlskette ermittelt werden, da der Angriff bis heute straflos geblieben ist.
- Zweitens fordern sie wirksame und deutlich stärkere Kontroll- und Überwachungsmechanismen für migrationspolitische Kooperationsabkommen mit Drittstaaten, insbesondere für die Zusammenarbeit mit Libyen. Hintergrund ist die Kritik, dass EU-finanzierte Programme wie SIBMMIL mit gewaltsamen Abfangaktionen, Einschüchterung und Angriffen auf zivile Rettungsschiffe in Verbindung stehen.
- Drittens fordern sie vollständigen Zugang zu Dokumenten über die Mittelverwendung und eine regelmäßige Überprüfung der Auswirkungen solcher Abkommen auf die Grundrechte.

Auch Matteo Orfini, Abgeordneter im italienischen Abgeordnetenhaus der Partei Partito Democratico (PD), kritisierte in diesem Zusammenhang die systematischen Menschenrechtsverletzungen im Rahmen der Kooperation mit Libyen und sprach von einem „[monströsen Schleier der Intransparenz](#)“, der demokratische Kontrolle verhindere.

Den zuvor beschriebenen Forderungen schließen wir uns ausdrücklich an. Ebenso teilen wir den politischen Appell, dass [italienische und europäische Behörden](#) endlich entschlossen handeln müssen: Indem sie Menschen in Seenot retten, die Behinderung der zivilen Seenotrettung stoppen und indem sie zugleich aufhören, das Sterben von People on the move im Mittelmeer durch politische Entscheidungen in Kauf zu nehmen oder durch Kooperationen mit Staaten wie Libyen und Tunesien sogar noch zu fördern. Denn solange sichere Einreisewege fehlen und Bewegungsfreiheit systematisch eingeschränkt wird, bleibt Seenotrettung nur die Reaktion auf eine Gewalt, die politisch produziert wird. Je mehr finanzielle Mittel in die Unterstützung von Gewalt im Mittelmeer fließen, desto stärker wird diese Gewalt normalisiert und institutionell verankert. Unser Ziel darf deshalb nicht nur sein, dass Menschen gerettet werden müssen, sondern dass sie gar nicht erst gezwungen werden, unter tödlichen Bedingungen fliehen zu müssen. Der Bericht macht erneut unmissverständlich klar, dass uns jede weitere Finanzierung weiter von der Wahrung der Menschenwürde entfernt sowie vom Schutz des Lebens und der Rechte derjenigen, die den Weg nach Europa suchen. Gleichzeitig verfestigt sich ein ungerechtes System, in dem Migration und Solidarität kriminalisiert und humanitäre Helfer*innen von Akteuren, die unter anderem von der EU finanziert werden, wie bspw. die sogenannte libysche Küstenwache, angegriffen werden. Statt Schutz zu gewährleisten und Menschen in Seenot zu retten, trägt somit jede weitere Unterstützung der sogenannten libyschen Küstenwache dazu bei, Gewalt zu legitimieren und Menschen systematisch ihrer Sicherheit und Zukunft zu berauben.